

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. J. Rothaus, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Steige, 1082 Wien; Redaktion: Rathaus,
Steige 1082 Wien; Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240; Chefredakteur Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetico 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 9. März 1987

Blatt 467

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Fachseminare zur Stadterneuerung (468/FS: 7.3.)
- Smejkal: Hilfe für Alleinerzieher durch Rechtsfürsorge des Jugendamtes (469/FS: 8.3.)
- Tunnels unter der Schüttaustraße und der Wagramer Straße (471)
- Drei Jahre Wohnungskommissionen (472)
- Wiener ÖVP ist mit dem Donauraum-Wettbewerb nicht zufrieden (473)
- Brand in Lagerhalle der VOEST-Alpine (nur FS/8.3.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Margareten (470)
- Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf (470)

Fachseminare zur Stadterneuerung

Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds beabsichtigt, in Zukunft verstärkt Zivilingenieure und planende Baumeister für Prüftätigkeiten im Sinne des Wohnhaus-sanierungsgesetzes einzusetzen, um die magistratseigenen Prüfstellen zu entlasten. Für den speziellen Einsatz dieser Fachkräfte veranstaltet der Stadterneuerungsfonds künftig Informationsseminare. Die ersten beiden Seminare finden am 11. und 19. März bzw. am 31. März und 9. April im Wappensaal des Rathauses jeweils zwischen 13.30 und 17 Uhr statt. (Schluß) ah/gg

Bereits am 7. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Smejkal: Hilfe für Alleinerzieher durch Rechtsfürsorge des Jugendamtes

Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Welche Bedeutung die Tätigkeit der Rechtsfürsorge der Wiener Bezirksjugendämter für die Unterstützung alleinerziehender Elternteile — besonders für die Schaffung materieller Grundlagen zur Erziehung der Kinder — hat, kann man, erklärte Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, aus den Vergleichszahlen der Jahre 1985 und 1986 ersehen. Die Bezirksjugendämter haben 1986 in ihrer Funktion als Sachwalter oder Kurator einen Gesamtbetrag von rund 337,5 Millionen Schilling eingehoben. Das bedeutet gegenüber 1985 eine Steigerung um 7,5 Prozent oder rund 23,7 Millionen.

Darüberhinaus verzeichnete das Jugendamt der Stadt Wien auch eine Verminderung der gesetzlichen Amtsvormundschaften. Mit Ende 1986 war das Jugendamt nur mehr in 2.470 Fällen als Amtsvormund tätig. Das sind 166 weniger als 1985.

In 309 Fällen schritten die Bezirksjugendämter als bestellter Amtsvormund, in 22.003 Fällen als Kurator oder Sachwalter — hauptsächlich zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen — ein. (Schluß) jel/gg

Bereits am 8. März 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Sitzung der Bezirksvertretung Margareten

Wien, 9.3. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 11. März, findet um 17 Uhr im Sitzungssaal des Amtshauses 5, Schönbrunner Straße 54, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. (Schluß) du/gg

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf

Wien, 9.3. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, den 11. März, findet um 17 Uhr im Festsaal der Bezirksvorstehung 6, Amerlingstraße 11, eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. (Schluß) sti/bs

Drei Jahre Wohnungskommissionen

Servicestelle hat sich bewährt

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wohnungskommissionen, eine Servicestelle für Beschwerden in Wohnungsfragen, bestehen nunmehr seit drei Jahren und haben sich bewährt. Bisher wurden 5.846 Beschwerden gegen die städtische Wohnhausverwaltung und -erhaltung sowie in Fragen der Wohnbauförderung, der Vormerkung und Vergabe von Gemeindewohnungen verzeichnet. In über 60 Prozent der Fälle war eine sofortige Hilfe möglich, 2.222 Fälle bedurften einer Entscheidung durch die Kommissionen. Diese Gremien setzen sich aus Vertretern der im Gemeinderat vertretenen Parteien zusammen und stehen unter Vorsitz eines unabhängigen Juristen. Über 96 Prozent der Entscheidungen wurden einstimmig getroffen und vielfach als Empfehlung an den zuständigen Stadtrat weitergeleitet.

Insgesamt bestehen fünf Wohnungskommissionen, die jeweils für bestimmte Bezirke zuständig sind. Beschwerden können schriftlich bei der Wohnungskommission, 1082 Wien, Bartensteingasse 9, oder mündlich bei den jeweiligen Sprechtagen eingebracht werden:

- **Wohnungskommission 1** (Bezirke 1, 2, 6, 7, 8, 9, 20), 1082 Wien, Bartensteingasse 9, jeden Dienstag von 15 bis 17.30 Uhr
- **Wohnungskommission 2** (Bezirke 3, 4, 10, 11), 1040 Wien, Belvederegasse 36-38/1/2, jeden Donnerstag von 15 bis 17.30 Uhr
- **Wohnungskommission 3** (Bezirke 5, 12, 13, 23), 1120 Wien, Amtshaus Meidling, Schönbrunner Straße 259, jeden Donnerstag von 15 bis 17.30 Uhr
- **Wohnungskommission 4** (Bezirke 14, 15, 16, 17, 18, 19), 1170 Wien, Amtshaus Hernals, Kalvarienberggasse 29, jeden Dienstag von 15 bis 17.30 Uhr
- **Wohnungskommission 5** (Bezirke 21 und 22), 1220 Wien, Büro- und Ärztezentrum im Donauzentrum, jeden Dienstag von 15 bis 17.30 Uhr

Rasche Hilfe

Die Notwendigkeit und Effizienz der Wohnungskommissionen habe sich vor allem dort gezeigt, wo eine Entscheidung auf Beamtenebene nicht möglich schien, aber aus humanen und sozialen Erwägungen rasche Hilfe notwendig war, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Montag dazu. So betrafen viele Fälle mangelnde Vormerkatbestände für eine Zuweisung einer Gemeindewohnung. Da es sich dennoch oft um sozial berücksichtigungswürdige Fälle handelte, halfen die Wohnungskommissionen durch entsprechende Beschlüsse und Empfehlungen an den zuständigen Stadtrat. Diese Soforthilfe soll, so Edlinger, in Zukunft noch verstärkt werden. (Schluß) ah/gg

Wiener ÖVP ist mit dem Donauraum-Wettbewerb nicht zufrieden

Es müßten nun politische Entscheidungen fallen

Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener ÖVP ist mit den Ergebnissen des Donauraum-Wettbewerbs nicht zufrieden. Der Wettbewerb solle daher auch nicht mit einer zweiten Stufe fortgesetzt werden. Vielmehr müßte jetzt eine Phase der politischen Entscheidungen einsetzen. Bei einer anderen Entwicklung würde die Wiener ÖVP nicht mitgehen. Das erklärten Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Gemeinderat Dipl.-Ing. Roderich REGLER Montag vormittag bei einem Pressegespräch.

Das einzig klare Ergebnis des Wettbewerbs sei es, daß in Wien eine Staustufe kommen müsse, sagte Busek. Demgegenüber stehe die Wiener Volkspartei nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Neugestaltung des Donauraums keinesfalls in den Bau der Staustufe „versanden“ dürfe. Die Wiener VP schlage daher vor:

- die Revitalisierung der Ortskerne und die Neubelebung abgewohnter Ortviertel,
- neue wirtschaftliche Impulse (Gründerzentrum usw.),
- die Schaffung von Freizeiteinrichtungen,
- neue kulturelle (Musikstadt Wien) und geistige Impulse.

Nach der politischen Grundsatzentscheidung sollten dann Wettbewerbe zu den einzelnen Fragen durchgeführt werden, um konkrete Projekte zu erreichen. Die Bürgermitbeteiligung müsse dabei garantiert sein.

Park-and-Ride-Konzept für Donauraum

GR. Regler betonte, daß im Zusammenhang mit der Entwicklung des Donauraums wichtige und diffizile verkehrspolitische Entscheidungen zu treffen sind. Dazu die Meinungen der Wiener Volkspartei:

- Kein Zentralbahnhof im Bereich des Handelskais, da dies eine starke Barriere zwischen den Wohngebieten und der Donau schaffen würde.
- Die Frachtenbahnhöfe Brigittenau, Donauuferbahnhof und Donaukai-bahnhof sollten abgesiedelt und die bisherigen Bahnhofflächen als Erholungsgebiet ausgestaltet werden.
- Der Handelskai dürfe nicht zur Hochleistungsstraße ausgebaut werden, weil sonst die Gefahr bestünde, daß der Wohnbereich hinter einem Asphaltband, einer breiten Bahnanlage und einem Damm verschwinde.
- Eine sechste Donaubrücke solle nicht gebaut werden; die Wiener Südrand-Straße B 301 solle vielmehr im Knoten Schwechat in die Ostautobahn eingebunden werden.
- Die Entscheidung für eine Verlängerung der U-Bahn-Linie U 6 nach Floridsdorf solle rasch fallen. Die Trasse solle dabei so gewählt werden, daß sich die bestmögliche Erschließung des 20. Bezirks ergibt.
- Es solle ein umfassendes Park-and-Ride-Konzept für den Donauraum erarbeitet werden.

Außerdem wies Dipl.-Ing. Regler darauf hin, daß es bei der Schaffung eines Nationalparks in der Lobau das Ziel sein solle, den Ölhafen Lobau und das Zentraltanklager aus der Lobau abzusiedeln. (Schluß) sc/gg